

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 20. Dezember 1966

Blatt 4083

Ab übermorgen, Donnerstag:

Westautobahn führt bis Wien
=====

20. Dezember (RK) Übermorgen Donnerstag, den 22. Dezember, ist jener Tag X, auf den die Autofahrer schon sehnsüchtig gewartet haben: Das Teilstück der Westautobahn von Preßbaum bis zum Autobahnknoten Auhof und die daran anschließende Stadtautobahn werden ihrer Bestimmung übergeben.

Schon um 8 Uhr früh werden sich die Ehrengäste bei der Autobahnabfahrt Auhof (bei der Einmündung in die Wientalbegleitstraße) einfinden. Der Bundesminister für Bauten und Technik, Dr. Vinzenz Kotzina, der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Bruno Marek und der niederösterreichische Landeshauptmann Andreas Maurer werden hier gemeinsam durch Wegräumen der Straßensperren die Strecke eröffnen. Dann fahren die Ehrengäste über die neue Autobahn bis Preßbaum, wechseln dort auf die Gegenfahrbahn und übergeben auch diese im Rahmen eines symbolischen Aktes ihrer Bestimmung.

Die Stadtautobahn bis zur Grenze Wiens ist zweieinhalb Kilometer lang. Bei Auhof teilt sich der Zubringer und führt zu dem großen Verteilerring, dessen Fahrbahnen insgesamt drei Kilometer lang sind. Die Richtungsfahrbahnen haben zwei, teilweise auch drei Spuren von 3,5 bis 3,75 Meter Breite.

Bis zur Fertigstellung der Nikolaibrücke steht vorerst nur die rechtsufrige Wientalbegleitstraße als Autobahnzubringer zur Verfügung. Die linke Wientalstraße wird im Frühjahr 1967 eröffnet werden können.

Geehrte Redaktion!

Wir bitten Sie, zu dem oben angeführten Ereignis Bericht-
erstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Budgetberatungen im Wiener Rathaus:Wirtschaftsangelegenheiten

=====

20. Dezember (RK) Am heutigen zehnten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP) erinnerte in seinem Referat einleitend an das 50jährige Jubiläum des Naschmarktes, der im November 1916 gegründet wurde. Dann führte er aus:

"Über die Frage der Flächenwidmung für den Großgrünmarkt in Inzersdorf und ihre Zweckmäßigkeit haben wir hier in diesem Haus bereits wiederholt gesprochen. Nun sind im Entwurf des Voranschlages für das Jahr 1967 eine Million Schilling für die Planung vorgesehen. Die voraussichtlichen Grunderwerbskosten von rund 45 Millionen Schilling sind im Budget der Verwaltungsgruppe XI vorgesehen.

Am Donnerstag, dem 24. November, fand in der Verwaltungsgruppe VI eine Raumprogrammbesprechung statt. Das Problem dabei bestand darin, daß man vor bindenden Zusagen bei einzelnen Marktbenützern naturgemäß noch nicht sagen kann, wie groß der Markt ausgebaut werden soll.

Andererseits kann man nur dann kalkulieren, wenn man weiß, in welcher Größe der Markt ausgebaut werden soll. Als Ergebnis dieser Besprechung werden nun Mindestanforderungen für Verwaltung und an Hallen festgelegt. Dies soll der Ausgangspunkt für die Mindestkalkulation sein. Weiter kann man noch den Endausbau und schließlich eine Zwischenstufe kalkulieren. Auf Grund der sich ergebenden Mietpreise soll dann mit den Interessenten verhandelt werden.

Dazu kann auch berichtet werden, daß nicht nur der Großgrünmarkt nach Inzersdorf kommen soll, sondern daß auch die Einbeziehung des Blumengroßmarktes und der landwirtschaftlichen Gemüse- und Obst-Verwertungsgenossenschaft beabsichtigt ist. Der Vorteil, der sich daraus ergibt, liegt darin, daß möglichst viele Markteinrichtungen von den verschiedenen Gruppen von Marktbenützern gemeinsam benützt werden können. Dadurch ist es möglich, den Markt wirtschaftlicher zu gestalten und zu betreuen.

Das Marktamt hat hier schon die verschiedenen Varianten an die Finanzgruppe beziehungsweise an die Baudirektion übergeben. Es soll dabei die erste Baustufe so geplant werden, daß einerseits auf den Endausbau technisch und funktionell Bedacht genommen wird. Von den späteren Baustufen sollen nur solche Anlagen vorgesehen werden, die aus Wirtschaftlichkeitsgründen in der ersten Baustufe unbedingt errichtet werden müssen.

Die Markteinrichtungen sollen, wie schon erwähnt, so angeordnet dimensioniert werden, daß sie von möglichst vielen Marktbenutzern und infolge verschiedener Marktzeiten auch nacheinander benützt werden können. Außerdem sind Parkflächen, Gleisanlagen, Verladeeinrichtungen, Kantinen und so weiter vorzusehen. Dadurch ist es möglich, trotz der Einbeziehung des Blumengroßmarktes und der LGV keine größere Marktfläche zu benötigen, als von Gemeinderat gewidmet wurde. Ursprünglich sollte die Anlage nach Einbeziehung des Blumengroßmarktes und der LGV 452.000 Quadratmeter umfassen, Es wird nun möglich sein, mit 416.000 Quadratmetern auszukommen.

Auch die Landparteienplätze sollen so gelagert werden, daß sie von der LGV mitbenützt werden können - für die Verwaltung soll ein einstöckiges Gebäude mit Erweiterungsmöglichkeiten vorgesehen werden. Wir warten nun auf die Werte, die von der Finanzgruppe wegen der nötigen und erforderlichen Amortisation bekannt gegeben werden.

Detailmarktplanung

Im vergangenen Jahr wurde berichtet, daß das Wiener Institut für Standortberatung im Auftrag der Stadt Wien ein Gutachten über allgemeine Detailmarktfragen ausgearbeitet hat. Es ging um die Überprüfung der derzeitigen Detailmärkte hinsichtlich Standort und Einzugsbereich sowie um Ergänzungsvorschläge für die Errichtung neuer Detailmärkte.

Dazu untersuchte das Institut die wirtschaftliche und außerwirtschaftliche Funktion der Märkte, die zentrale Lebensmittelversorgung durch die Märkte, die Motive des Marktbesuches, das Markt- bild, die Zukunft der Märkte, die Bevölkerungs- und Stadtentwicklung im Hinblick darauf, den Einfluß der Motorisierung sowie den Einfluß der Produktionsänderung der Lebensmittelproduzenten.

Bei der Reorganisation des Wiener Detailmarktnetzes wäre darum zu beachten:

1. Konzentration der Marktleistung, das heißt, nur echte Märkte sollen bestehen bleiben oder neu errichtet werden. Märkte mit einer gewissen Mindestgröße in dicht verbautem Gebiet sind lebensfähig. Der Einzugsbereich und die Bevölkerungsdichte muß vorhanden sein. Dazu hat die Standortberatung die Einzugs- und die sogenannten Dominanzbereiche der Wiener Detailmärkte graphisch und übersichtlich dargestellt.

2. Märkte sollten sowohl hinsichtlich Sauberkeit und Hygiene modernen Anforderungen entsprechen, aber zugleich ihren einfachen Charakter unbedingt bewahren.

3. Für das Marktgeschehen von größter Bedeutung ist die Verbesserung der Verkehrslage: zum Beispiel Schaffung von Kurzparkzonen in der engsten Umgebung lokaler Märkte, die regionalen Märkte sollen mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln gut erreichbar sein.

4. Alle Märkte erfahren eine Konkurrenzbelebung durch die Landparteiemärkte, die sogenannten Bauernmärkte. Das garantiert einen günstigen Einfluß auf die Funktion der Märkte zur Preisregulierung.

5. Es ist günstig, wenn sich in der Nähe von Märkten die Geschäfte häufen, die sogenannte 'Geschäfts-Agglomeration'. Dies schafft günstige Wechselbeziehungen. Die zentrale Lebensmittelverteilung durch die Märkte und der Absatz hochwertiger Güter in den Geschäftsstraßen ergeben eine gegenseitige Befruchtung, wenn Markt- und Geschäftsstraßen räumlich und funktionell einander zugeordnet sind.

6. Der Geschäftsverlauf auf den Märkten ist sehr unregelmäßig, insbesondere an den Samstagen erreicht er ungesunde Spitzen. Betriebszeiten in den Abendstunden könnten ungesunde Spitzen- und Leerlaufzeiten während der übrigen Woche abbauen.

Derzeit hat die Stadtplanung zu prüfen, welche von der Standortberatungsstelle erstatteten Vorschläge für die Errichtung von Detailmärkten in Zukunft realisiert werden können. Es ist festzustellen, welche Grundflächen nach Ansicht der Standortberatung für die Märkte erworben beziehungsweise bereitgestellt werden sollten. Ferner ist die Frage zu klären, ob seitens der Stadtplanung die für Detailmärkte geeigneten Flächen vorgemerkt werden können, sodaß zu dem Zeitpunkt, zu dem die Voraussetzungen für die Errichtung eines Detailmarktes gegeben sind (Erreichen der notwendigen Verbauungsdichte, Bestehen des erforderlichen Einzugsbereiches), die Grundfläche für Marktzwecke bereits zur Verfügung steht. Aufgabe des Marktamtes wird es sein, diese großen Richtlinien mit dem Erfordernis der Praxis in Übereinstimmung zu bringen.

Die Zahl der Straßenstände hat sich von 246 im Jahre 1965 um 2 auf 248 erhöht. Davon sind 68 Maronibrater, 37 Würstelstände, 89 Blumen- und Obststände, 43 Erfrischungsstände und 10 verschiedene andere.

Märkte und Preise

Das Referat über die Märkte hängt eng mit den Preisen zusammen. Allerdings muß hier festgestellt werden, daß der Markt wohl ein brauchbares Thermometer ist, das Preise anzeigt. Unsere Märkte sind aber keineswegs ein Mittel, das allein ausreicht, wirtschaftspolitisch wirksame Maßnahmen zu treffen.

Wirksame Preisbildung erfolgt erstens im Raum Wien, dann im ganzen österreichischen Bundesgebiet und durch die internationalen Verflechtungen Wiens.

Wie wenig Maßnahmen, die auf Wien beschränkt sind, allein wirksam zu sein vermögen, zeigt zum Beispiel die Kurve der Großhandelspreise für Rindfleisch und Schweinefleisch, unabhängig von Maßnahmen, die allein auf Wien beschränkt sind, wie zum Beispiel die Marktbindung.

Wir finden in diesen Preiskurven auch die Sorgen, die unsere Bevölkerung, aber auch unsere Stadtverwaltung mit den Fleischpreisen hatte. Im Jahr 1966 waren dies besonders die Schweinefleischpreise, da hat der Schweinezyklus sich besonders ungünstig ausgewirkt, weil die Inlandsanlieferungen oft auf ein Drittel bis ein Viertel der benötigten Menge gesunken sind.

Bereits im vergangenen Jahr habe ich Ihnen berichtet, daß die Auslandslieferungen ihre Funktion als Preisregulator nur in dem Masse zu erfüllen vermögen, wie in den vergangenen Jahren. Der Grund dafür liegt, wie ebenfalls bereits berichtet, darin, daß andere Einkäufer auf den Auslandsmärkten als Konkurrenten auftreten, die unsere Einkaufspreise in Richtung auf die bedeutend höheren EWG Preise hinauftreiben.

Wir sehen ein Ansteigen der Schweinefleischpreise, während die Rindfleischpreise nahezu stabil blieben. Hier ist aber etwas sehr Sonderbares festzustellen. Während bei den ruhigen Rindfleischpreisen der Umsatz auf dem Zentralviehmarkt in den Wochendurchschnittswerten in den Monaten Jänner bis Oktober 1965 mit einem Durchschnittswert von 1.081 auf 1.003, also um 7,2 Prozent sank, ist andererseits bei den Schweinen am Zentralviehmarkt der Umsatz von 8.341 im Wochendurchschnittswert der Monate Jänner bis Oktober 1966 auf 8.758 also um 4,9 Prozent gestiegen. Der Umsatz an Rindern ist also bei gleichbleibenden Preisen gesunken, während bei steigenden Preisen der Umsatz an Schweinen anstieg.

Im vergangenen Jahr sprachen wir davon, ob der Konsument preis- oder zeitbewußt kaufte. Auf diese Reaktion ist es nicht möglich, eine der beiden Klassifizierungen anzuwenden, die normale Reaktion des Käufers wäre ja gewesen, das billige oder in Preis gleichbleibende Fleisch stärker zu bevorzugen und das Fleisch, das teurer wird, zu vernachlässigen. In die gleiche Richtung weist das Problem, daß etwa das Schwein nicht nur aus Schnitzeln besteht. Es gibt eine ganze Reihe von weniger gefragten Fleischsorten, wie Stelzen, Beuschel, Krennfleisch, Beinfleisch, Bauchfleisch, von schwer anbringlichen Fetten gar nicht zu reden.

Das ist neben dem Problem der Kochkunst auch das Zeitproblem unserer Wiener Hausfrau und damit auch eine Frage der Information und der Werbung.

Es ist aber auch ein Problem der Marktaufsicht, weil all dies mit den sogenannten ortsüblichen Preisen zu tun hat. Das derzeitige System der ortsüblichen Preise ist ein sehr wenig taugliches Instrument, sowohl für die Überwachung, als auch für die zweckmäßige Preisgestaltung nach den Gewohnheiten der Konsumenten. Wenn es nämlich in einem Bereich möglich ist, schwerer anbringliche Fleischsorten teurer zu verkaufen, so kann dort das Schnitzel billiger sein und umgekehrt. Das derzeitige System der ortsüblichen Preise läßt aber für eine solche Differenzierung keinen Raum.

Überangebote an leicht verderblichen Lebensmitteln hat es im abgelaufenen Jahr nur einmal bei Salat gegeben.

Soweit diese Schwemmen nicht wetterbedingt unabwendbar sind, ist in diesem Jahr erstmals - und wie ich glaube erfolgreich - versucht worden, bei besonders hohen Angeboten von Gurken und Paradeisern mit Plakaten, Rezepten und im Fernsehen zu werben.

Die Schlachtrinder-Produktion in Österreich stieg vom 1. bis zum 3. Quartal 1965 von 332.000 Stück auf 347.000 Stück.

Grundsätzliche Marktfragen

Im Zusammenhang mit den Märkten ergibt sich eine Fragestellung nach zwei gegenläufigen Richtungen: Auf der einen Seite muß man sein Bestes tun, um die Märkte nach Kräften so auszubauen, daß sie allen Anforderungen des Publikums genügen. Auf der anderen Seite aber gilt es, in die Zukunft zu schauen und zu fragen, ob die Anforderungen, wie sie heute gelten, auch morgen noch ihr volles Gewicht haben werden.

Dies gilt auch für die Großmärkte. In vielen Städten werden neue Großmärkte gebaut, aber wenn man öffentliche Mittel dafür einsetzt, so muß man sich fragen, ob die Funktion der Großmärkte auch für die Zukunft völlig unbestritten ist. Denn der Aktionsbereich vieler Großmärkte wird kleiner, entweder absolut, das heißt, der Umsatz nimmt ab, oder relativ, weil der Umsatz des Großmarktes sich zwar hält, aber der Umsatz, der außerhalb dieser Großmärkte getätigt wird, steigt. Die Ursache kann in direktem Kontakt zwischen Erzeugern und Abnehmern liegen. Konservenfabriken, Handelsketten und andere kaufen direkt beim Produzenten. Für die Fleischverarbeitung werden Fabriken in der Nähe der Weidegebiete gebaut und anderes mehr. Hier liegt eine Gefahr für den Konsumenten.

Der Preis wird immer noch am Markt gebildet. Wird aber der Markt-Preis auf Märkten gebildet, deren Umsatz absolut oder relativ kleiner wird, so bedeutet dies eine Gefahr. Denn auch den Abschlüssen, die außerhalb der Märkte getätigt werden, werden die Markt-Preise zugrunde gelegt. Die Gefahr liegt darin, daß, je kleiner ein Markt absolut oder relativ wird, er auch umso leichter manipuliert, also durch alle möglichen Praktiken beeinflußt werden kann.

Beim 5. Internationalen Kongreß der Großmärkte habe ich den Vertretern ausländischer Märkte eine Reihe von Fragen gestellt.

Auf die Frage: 'Haben Sie auch mit einer Schrumpfung des Volumens Ihrer Großmärkte für Obst, Gemüse, Lebewiech, Fleisch zu rechnen?' waren die Antworten durchaus nicht einheitlich und führten uns wieder darauf zurück, unser besonderes Wiener Problem zu sehen. Die Preisbildung wird im Ausland ziemlich übereinstimmend als eine Funktion der Märkte angesehen. Börsenpreise kommen weniger dafür in Frage. In einem Fall (München) werden die Marktpreise als weniger wichtig hingestellt.

Auf die Frage nach den Möglichkeiten, trotz eines schwindenden, schrumpfenden Marktes gültige Marktpreise zu bekommen, gab es folgende Antworten: Teilweise erwartet man sich eine Lösung auf dem Fleischsektor, zum Beispiel von einer Aufteilung der Schlachtkapazität, andernorts durch den laufenden Vergleich aktueller Preise an mehreren Großmärkten in Verbindung mit deren gleichzeitiger Veröffentlichung auf diesen Märkten. Von sieben Städten haben jedoch vier keine solchen Überlegungen angestellt. In Essen ist die Frage deshalb aktuell, weil ein neuer Großmarkt für Obst und Gemüse gebaut werden soll. In Nürnberg überlegt man dieses Problem, es ist aber noch nicht zur Diskussionsreife gediehen. Der Austausch von Preisen mit benachbarten Großmärkten scheiterte, da die Preisnotierungen vielfach nicht regelmäßig vorliegen.

./.

Lebensmittelkontrolle

Es ist Aufgabe des Marktantes, die Bevölkerung vor gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schädigungen durch verfälschte, nährwertverminderte oder verdorbene Lebensmittel zu bewahren. Dazu gehören auch Kontrollen von Trinkgeräten, Spielwaren und vielem anderen. Die Kontrollorgane setzen eine Auswahl der zu untersuchenden Waren fest. Kommissionelle Voruntersuchungen im Laboratorium des Marktantes unter Beiziehung von Vertretern der Interessenvertretungen, vornehmlich bei Brot, Gebäck, Würsten und Wein werden durchgeführt. Aus Importen stammende Lebensmittel werden möglichst frühzeitig begutachtet.

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen mitgeteilt, daß das Marktamt sich jetzt darauf konzentriert, bei Betrieben, bei denen Anlaß zur Beanstandung gefunden wurde, besonders genau Nachschau zu halten. 1966 wurden 20.403 Proben durchgeführt, die 1.627mal (7,9 Prozent) zu Beanstandungen Anlaß gaben und zu 812 Anzeigen führten.

Sowohl bei den Schlachtungsziffern als auch bei der Überbeschau sehen Sie die Bedeutung der Tätigkeit des Veterinärantes, die hier zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung geleistet wird. In Zusammenhang mit den Tierseuchen werden vor allem Salmonellen-Untersuchungen durchgeführt.

Auf Grund des Preisregelungs- und Preistreibereigesetzes erfolgten 1966 114 Anzeigen auf Grund des Preisregelungs- und 177 Anzeigen auf Grund des Preistreibereigesetzes.

Gebühren, Entgelte und Kosten

Im Voranschlag für die Märkte vorgesehen an Einnahmen 21,616.500 Schilling (Steigerung gegenüber 1966 1,4 Prozent), an Ausgaben 64,310.200 Schilling (Steigerung gegenüber 1966 13,5 Prozent). Bei den Schlachthöfen ergeben die Einnahmen 17,007.600 Schilling, die Ausgaben 44,439.200 Schilling. Aus der Größe des Defizits ergibt sich auch die Dringlichkeit, mit der die Finanzverwaltung auf eine Regelung der Frage nach den Gebühren und Entgelten drängt.

Wesentlich ist diese Frage auch vom Standpunkt einer geordneten Verwaltung, vor allem auch von den Neubauten her gesehen. Ebenso nötig ist es, mit den einzelnen Interessentengruppen zu verhandeln.

Dies ist insbesondere deshalb vonnöten, weil mit der geplanten Regelung nicht einfach bestehende Gebühren linear erhöht werden, sondern weil auch eine Umschichtung der Gebühren geplant ist.

Des weiteren habe ich schon vor mehr als Jahresfrist dazu bemerkt, daß es notwendig ist, die Auswirkung auf die Preise festzustellen, also die tatsächliche Belastung der Wirtschaft und des Konsumenten je Einheit der Ware zu berechnen, die von der Gebührenerhöhung betroffen wird und damit eine genaue Überprüfung der Auswirkung auf das Preisniveau vorzunehmen.

Rationalisierungsprobleme

Eine der wesentlichsten Fragen, die auch mit den Gebühren zusammenhängt, ist die Klarheit, was von den Kosten, die anlaufen den hoheitlichen Aufgaben zugeordnet werden muß und was rein wirtschaftlicher Natur ist. Zu den hoheitlichen Aufgaben gehören etwa die Lebensmittelkontrolle oder die verschiedenen Kontrollfunktionen der Tierärzte. Zu den wirtschaftlichen Aufgaben gehören die Erstellung von Ständen und deren Vermietung.

Das System, nach welchem wir unser Budget aufsplittern, ist nicht zur Gänze für eine solche Kostenaufteilung geeignet. Dies bedeutet, daß neben der offiziellen Buchhaltung und den Ausschreibungen, die von der Buchhaltung gemacht werden, noch für statistische Zwecke, insbesondere für die Anfragen, die an die Abteilungen von den verschiedensten Stellen, angefangen von den Ministerien bis zu den Dienststellen des Magistrates immer wieder gestellt werden, noch offiziöse statistische Aufzeichnungen in den einzelnen Abteilungen geführt werden.

Dies hat einmal den Nachteil einer doppelten Arbeit, weil oft hochqualifizierte Arbeitskräfte mit einer Technik der vergangenen Jahrhunderte hier Aufzeichnungen durchführen müssen, die in einem modernen Abrechnungssystem sozusagen als Nebenprodukt abfallen.

Abgesehen von dem Zeitverlust, der dadurch eintritt, sind die Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung, die solche Aufzeichnungen führen, in einem Konflikt, sollen sie diese Aufzeichnungen machen oder sollen sie sich den Aufgaben des laufenden Tages widmen. Sie versuchen mit besten Kräften beides. Das Ergebnis ist dann, daß diese Aufzeichnungen nicht immer genügend zeitnah sind, daß sie zeitweise unterbrochen werden, usw.

Wenn wir wirklich eine Stadtverwaltung des 20. Jahrhunderts sein wollen, so ist es notwendig, daß wir diese Unterlagen auch gleich in einem Arbeitsgang mit der buchhalterischen Erfassung erstellen. Dies ist ohne weiteres möglich, und in modernen Unternehmungen allgemein üblich.

Freilich erfordert das eine Reihe von Umstellungen, für die von seiten des Bundesministeriums für Finanzen schon seit 1964 Vorarbeiten geleistet werden. Auch in meiner Abteilung habe ich schon zu Beginn des laufenden Jahres die Abteilungen und die dafür zuständigen Abteilungsleiter ersucht, die Grundlagen für eine solche Trennung zwischen den hoheitlichen und rein materiellen Aufgaben durchzuführen und habe auch den Herrn Magistratsdirektor gebeten, bei den Bestrebungen der Stadt Wien, die ja eine elektronische Rechenanlage angeschafft hat, diese Belange besonders zu berücksichtigen.

Die Planung für den Neubau der Schlachthöfe und des Fleischgroßmarktes

Bekanntlich wurde für den Neubau der Schlachthöfe und des Fleischgroßmarktes im Juni des laufenden Jahres von der Interconstruct ein Planungsvorschlag erstellt, der Kosten von insgesamt 830 Millionen Schilling vorsah. Am 19. August 1966 wurde von der IBB, der Internationalen Betriebsberatungs-Organisation, ein Gutachten über dieses Projekt abgegeben. Darin wurde seine technische Zweckmäßigkeit anerkannt, in wirtschaftlichen Fragen wurden jedoch noch andere Möglichkeiten aufgezeigt. Insbesondere wurde über den Auftrag hinaus, der der IBB erteilt worden war, eine Projektierung durchgeführt, bei der ein Gesamtprojekt mit Kosten von 450 Millionen Schilling erstellt wurde.

Im Anschluß daran ergab sich eine ganze Reihe von offenen Fragen, die zur Diskussion gestellt wurden.

Unter anderem wurde erörtert, in welchem Ausmaß der Bahnanschluß erfolgen soll, wie weit die Verwendung von Elevatoren und Aufzugseinrichtungen zweckmäßig ist, ob das Kesselhaus unmittelbar an das Schlachthaus anzuschließen sei oder nicht, ob vorerst in kleinstmöglichem Ausmaß gebaut werden kann und ob es möglich ist, späterhin bei Bedarf weiter zuzubauen oder dies der Betrieb nicht zuläßt, und noch manches andere.

Das Hin und Her der Argumente ist noch nicht abgeschlossen. Das ist bedauerlich, weil ich dem Ausschuß schon gerne eine Übersicht vorgelegt hätte, die klar herausstellt, über welche Punkte die Fachleute sich noch nicht einig sind und welche Punkte vor allem als wesentlich anzusehen sind. Nach diesen Punkten werden wir dann aller Voraussicht nach eine wirtschaftspolitische Entscheidung zu treffen haben.

Daß die Debatte so viele Argumente und Gegenargumente aufgeworfen hat, ist zum anderen aber natürlich auch wieder positiv, weil sehr viele Möglichkeiten für die Zukunft aufgezeigt werden, weil aber auch zugleich mögliche Fehler schon in der Planung besprochen und ausgemerzt werden können und sich nicht erst nach der Ausführung herausstellen.

Als positives Ergebnis kann ich vorläufig mitteilen, daß die Interconstruct nunmehr ein weiteres Offert gelegt hat, demzufolge ein funktionstaugliches Projekt zu einem Preis von 610 Millionen Schilling erstellt werden kann, was gegenüber dem ursprünglichen Projekt (830 Millionen Schilling) eine Ersparnis von 220 Millionen Schilling ergibt. Allerdings werden alle diese Ziffern erst dann ihr richtiges Gewicht haben, bis die Planung abgeschlossen sein wird.

Leider - das darf ich vorausschicken - hat der Herr Finanzreferent mir bei der Budgetperlustrierung mitgeteilt, daß wir, seiner Meinung nach, noch sehr viel Zeit zur Planung hätten. Wie der Finanzreferent nämlich schon in der Generaldebatte erwähnte, stehen bei der derzeitigen Finanzlage Mittel für den Neubau der stark überalterten Schlachthöfe und des Fleischmarktes erst dann zur Verfügung, wenn der Bau des Großgrünmarktes in Inzersdorf abgeschlossen ist.

Dies ist aus vielen Gründen außerordentlich bedauerlich. Einmal vom hygienischen Standpunkt aus. Denn die der modernen Schlachthofhygiene entsprechende Trennung von 'rein und unrein' ist nicht nur eine Frage der Verkleidung der Wände, etwa mit Kacheln oder des Anstriches mit hellen waschbaren Farben, sondern diese hygienische Schlachtung ist eine Frage der Organisation des Schlachtens, die in ihrer Funktion weitgehend mit dem Bau zusammenhängt. Unsere Schlachtanlagen sind so restlos unmodern, daß diese Trennung wenn, so nur mit sehr großen Mitteln und dann noch aller Voraussicht nach in einer unbefriedigenden Form möglich ist. Zum anderen aber ist es auch eine Frage der Kosten des Schlachtens, und damit besteht auch die Gefahr, daß man mit den veralteten Schlachtanlagen den Neubau von Schlachtanlagen außerhalb Wiens fördert. Und das ist nun eine der wirtschaftspolitischen Fragen, die wir im Rahmen der Planung dann zu entscheiden haben.

Was nun den Stand der Planung an sich betrifft, so läge es mir am nächsten, zuerst eine Funktionsplanung nach den idealen Verhältnissen durchzuführen.

Eine solche Funktionsplanung wäre aber nur dann möglich, wenn man sozusagen auf der grünen Wiese baut. Das hieße in unserem Fall, daß man die Gründe in St. Marx für andere Zwecke verkauft und irgendwo ein neues Gelände erwirbt. Daraus würde sich zweifellos ein gewisser Gewinn am Grundpreis ergeben. Andererseits wäre aber ein solcher Gewinn am Grundpreis so gering, daß sich daraus nicht alles das an Kosten decken ließe, was durch die komplette Übersiedlung verloren ginge. Denn wie immer die Planung ausfällt, so wird zum Beispiel der derzeitige Schweineschlachthof erhalten bleiben, sei es in der einen Form als Schweineschlachthof selbst für eine begrenzte Zeit oder nach der anderen Planung als Seuchenschlachthof. Zudem muß sich die Funktion nach Grund und Boden richten, weil es sich hier um Donauarme handelt und die Fundierungskosten von einem Meter zum anderen sehr verschiedene sein können. Auch auf den vorhandenen Baubestand muß Rücksicht genommen werden, sei es, weil Leitungen vorhanden sind, die benützt, erweitert, verlegt werden müssen, oder weil vorhandene Bauwerke sich entweder zur Erhaltung anbieten oder ihre Verlegung kalkuliert werden muß.

Das heißt natürlich nicht, daß man jetzt den Schlachthof nach den Bodenverhältnissen oder nach den vorhandenen Gebäuden einrichten wird. Aber eines muß klar sein: Wenn wir im Gemeinderatsausschuß X oder in dem dafür geschaffenen Unterausschuß die Funktion des neuen Schlachthofes sowie der neuen Großmarkthalle prüfen, müssen wir die Möglichkeit haben, die Wirtschaftlichkeit zu vergleichen.

Nach Vorliegen aller technischen und baukostenmäßigen Unterlagen werden die einzelnen Projekte in ihrer Funktion einander gegenübergestellt werden können. Sehr genau wird auch noch geprüft werden müssen, ob nicht durch das weitere Hinausschieben des Baues der Schlachthanlagen und der neuen Großmarkteinrichtungen für die Stadt auf längere Frist gesehen ein kaum wieder gutzumachender Schaden eintritt.

Die Kühlanlage für den Rinderschlachthof

Die Kühlanlage am Rinderschlachthof war im vergangenen Jahr eine besondere Sorge. Nach den ursprünglichen Versprechungen konnte man hoffen, daß die im Jahre 1965 bestellten Kühlaggregate mit Beginn des Sommers - also noch vor Eintreten der großen Sommerhitze - montiert würden. Später stellte sich heraus, daß man dies erst für August versprechen könne, man aber schon früher fertig zu werden hoffe. Ich erspare Ihnen weitere Details, jedenfalls erwarten wir nun die Fertigstellung der Kühlanlage für den Anfang des kommenden Jahres. Es sind nunmehr sämtliche Aggregate vorhanden und auch die Installationen durch die zuständigen Magistratsabteilungen sind im Gange.

Das hört sich heute alles sehr leicht an, weil wir einen sehr kühlen Sommer hatten.

Sicherheitshalber wurde ein Katastrophenplan ausgearbeitet, um im Einvernehmen mit den betroffenen Gewerbetreibenden rasch eine Verlagerung der Ware durchführen zu können, wenn eine Störung im Kühlsystem auftritt.

Mit Beginn der warmen Jahreszeit können wir diesmal aber mit Gewißheit rechnen, daß die neue Kühlanlage zur Verfügung steht.

Für die Tierkörperverwertung ist die Verwaltungsgruppe X im Hinblick auf die Gebäude zuständig.

Der Betrieb selbst gehört zur Verwaltungsgruppe XII. Im Rahmen des Budgets ist für die Tierkörperverwertungsanstalt ein Waschplatz mit Desinfektionsanlage für zwei LkW vorgesehen. Damit wird einem dringenden sanitären Bedürfnis Rechnung getragen.

Die Tierseuchen mögen in ruhigen Zeiten weniger im Bewusstsein der Öffentlichkeit stehen, treten sie allerdings auf, beschäftigen sie die Öffentlichkeit in starkem Ausmaß.

An vorbeugenden Maßnahmen haben wir die Maul- und Klauenseuchen-Schutzimpfung aller Wiederkäuer eingeführt. Die Durchführung der Impfung wurde weitgehend mit Bundesmitteln bestritten.

Die Schweinepest trat in den letzten zwölf Jahren äußerst selten auf. Einmal trat sie in Oberösterreich auf und wurde in Wien eingeschleppt. Es gelang durch Keulung von 390 Schweinen in elf Beständen, die Seuche in Schranken zu halten.

Durch die Auslands-Fleischschau konnte insbesondere die Verbreitung von Salmonellen - das sind die Erreger von Paratyphus - Erkrankungen, also von Lebensmittelvergiftungen, - unter Kontrolle gehalten werden. Gezielte Untersuchungen des Veterinäramtes haben das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auf dieses Problem aufmerksam gemacht.

Auch die Bekämpfung der Tbc und der Brucellose geht weiter. In den Monaten April und Mai gab es in 356 Beständen 1.318 Tuberkulose-Fälle bei Rindern und 416 Fälle bei Ziegen. Die Brucellose wurde in 164 Ställen bei 1.115 Tieren angetroffen.

Damit liegt der Hundertsatz unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Die Ausmerzungen der kranken Tiere ist im Gange und bereits weitgehend fortgeschritten.

1967 wird die zweite Untersuchung auf Tuberkulose und die erste periodische Untersuchung auf Brucellose vorgenommen. Die dafür aufzuwendenden Landesmittel wurden mit 13.000 Schilling in den Voranschlag eingesetzt.

Das Ziel, das wir in Bälde zu erreichen hoffen, ist die Seuchenfreiheit.

./.

Beschaffungsamt

Der Gesamtumsatz der Magistratsabteilung 54, Beschaffungsamt, ist nahezu gleich beziehungsweise geringfügig gesunken. 1965 wurde eingekauft um 180 Millionen Schilling für die Zeit von 1. Jänner bis 31. Oktober. 1966 betrug der Gesamtumsatz der Magistratsabteilung 54 in der Zeit von 1. Jänner bis 31. Oktober 177,9 Millionen Schilling. Interessant ist dabei, daß der Anteil der gestiegenen Preise mit 75,7 Millionen Schilling Einkaufswerte nur mehr 42,6 Prozent betrug, während 1965 60 Prozent der Preise gestiegen sind. Zu gleichbleibenden Preisen wurde demzufolge mehr eingekauft, nämlich 54,8 Prozent, gegen 27 Prozent im Jahr 1965. Zu gesunkenem Preis konnten allerdings nur um 4,6 Millionen Schilling gekauft werden, das sind 2,6 Prozent, während es 1965 12,25 Prozent waren.

Beim Einkauf der Brennstoffe zeigt sich auch im Bereich der Stadt Wien die Abnahme des Einkaufs von Kohlen, Briketts, Gaskoks, Brennholz und Unterzünder und die Zunahme des Einkaufs von Heizöl. Die Problematik unserer Bergwerke zeigt sich also auch im Verbrauch der Stadt Wien.

Bei der städtischen Bäckerei erfolgten im Laufe des Jahres durch eine Krediterhöhung eine Reihe von Anschaffungen, die in ursprünglichen Budget nicht enthalten waren. Die Montage und Benützung wird erst im Jahre 1967 erfolgen.

Liegenschaftsverwaltung

Von 19 Gast- und Schankgewerbe-Konzessionen wurden 1965 nur 16 betrieben. Die Konzession Wien 15, Schwendergasse 41, konnte nicht betrieben werden, weil das Gebäude abgebrochen wurde und in 23. Bezirk in Liesing in der Lehmannngasse wurden die Räumlichkeiten an die städtische Bücherei überlassen.

1965 erzielten die Pachtbetriebe einen Nettoumsatz von 20,464.362 Schilling, das erbrachte einen Pachtzinsenertrag von 1,332.640 Schilling, das sind zirka 6,51 Prozent.

Heuer sind für die 17 Konzessionen ein Nettoumsatz von 30,744.648 Schilling und Pachtzinseinnahmen von 2,085.788 Schilling, das sind zirka 6,7 Prozent, erreicht worden.

Beim Liegenschaftsamt ging im vergangenen Jahr eine sehr wesentliche und umfangreiche Arbeit zu Ende. Es erfolgte eine Berichtigung des Grundbesitzes der Stadt Wien innerhalb und außerhalb der Grenze durch eine Neuaufnahme in den Grundbüchern und den Vermessungsäntern.

Rechtliche Angelegenheiten

Bei der Magistratsabteilung 58, Rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens, hat sich der Aktenlauf stark erhöht, und zwar von 2.859 auf 3.469, das ist um 21,33 Prozent mehr. Die Berufungen in Strafsachen stiegen von 80 auf 138, das ist um 55 Prozent mehr. Auch die Zahl der überprüften Betriebe ist von 456 auf 689, das ist um 50 Prozent, gestiegen. Dies war möglich, weil zu Beginn des Jahres 1966 ein zweites Kontrollorgan zur Dienstleistung zugestellt wurde. Hier ging es vor allen auf die Verhütung von Unfällen und von Gefahrenquellen. Es konnte festgestellt werden, daß die Dienstgeber im allgemeinen dem Wirken der land- und forstwirtschaftlichen Sektion großes Verständnis entgegengebracht haben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Ein gutes Neues Jahr für die Wiener Dauerbefürsorgten
=====

Erhöhung der Fürsorgerichtsätze ab 1. Jänner 1967

20. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung hat heute auf Antrag von Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi eine Verordnung beschlossen, mit der die Dauerunterstützungen an die Bezüge der Ausgleichsrentner nach dem ASVG angeglichen werden und die Organisation der Dauerunterstützungen auf eine neue Grundlage gestellt wird. Der Fürsorgerichtsatz wird von 799 Schilling um 8,1 Prozent - dies entspricht dem Anpassungsfaktor, der ab 1967 nach dem ASVG anzuwenden ist - zuzüglich zehn Schilling Teuerungszulage erhöht. Dazu kommt ein Zuschlag, durch den die monatliche Dauerunterstützung ab 1. Jänner für alte und erwerbsunfähige Dauerbefürsorgte in der Regel 1.091 Schilling und für ein Ehepaar 1.506 Schilling betragen wird. Diese Beträge werden vierzehnmals jährlich ausgezahlt. Sie entsprechen den Richtsätzen der Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung und schließen 30 Schilling Wohnungsbeihilfe ein.

In diesen neuen Sätzen sind nun alle Leistungen enthalten, die bisher gesetzlich zu den Richtsätzen gewährt wurden, so beispielsweise die Mietzinsbeihilfe und ein Pauschalbetrag in jener Höhe, der durchschnittlich für Bekleidung, Wäsche oder Geldaushilfen aufzuwenden war.

Änderung eines jahrzehntealten Systems

Die neue Regelung, die zirka 7.400 Wienerinnen und Wiener betrifft, hat eine besondere Bedeutung, weil durch sie ein jahrzehntealtes System entscheidend geändert wird. In Zukunft wird sich der Dauerunterstützte ersparen, dann, wenn er mit seinen Bezügen nicht auskommt, oder wenn er ein Kleidungsstück braucht zu seinen Fürsorgerat zu gehen und darum anzusuchen. Damit fällt für den Dauerunterstützten ein psychologisch stark belastendes Moment weg, nämlich, daß er immer wieder um Hilfe ersuchen muß, auch wenn er auf eine solche rechtlich Anspruch hat. Die nun erfolgte Reduzierung der behördlichen Kontakte bedeutet die Ver-

menschlichung einer öffentlichen Einrichtung. Dadurch wurde in konsequenter Weiterführung der von Professor Julius Tandler begonnenen Reform des Fürsorgewesenes ein entscheidender Schritt getan. Mit der Neuregelung konnte den Grundsatz, daß der befürsorgte alte Mensch das Recht hat die Fürsorge in Anspruch zu nehmen, nicht nur organisatorisch, sondern auch menschlich voll auf Rechnung getragen werden.

- - -

Personalmeldungen

=====

20. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute auf Antrag von Personalstadtrat Hans Bock den neuen Leiter der Magistratsabteilung 43 - Friedhöfe - Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. August Zak zum Senatsrat befördert. Pharmazierat Magister Hildegard Altenberg (Magistratsabteilung 17) wurde Oberpharmazierat. Der ärztliche Abteilungsvorstand Dr. Hans Müller (Magistratsabteilung 17) wurde in die Dienstklasse VII befördert. Magistratsrat Dr. Helmut Krebs (Stadtbaudirektion) wurde Obermagistratsrat und Amtsrat Paul Hausner (Magistratsabteilung 4) Oberamtsrat.

- - -

Neue Sanitätsstation bei der J-Wagen-Schleife

=====

20. Dezember (RK) In Zusammenhang mit der weiteren Assanierung von Alt-Ottakring soll später einmal auf dem an den Kantnerpark an Beginn des Liebhartstales angrenzenden Grundstück - das ist bei der Schleife des J-Wagen - eine Sanitätsstation und ein Bezirksjugendamt errichtet werden. Baustadtrat Kurt Heller beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates vorläufig eine entsprechende Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für dieses Gebiet.

- - -

Stadt Wien gibt Sondersubvention für die Symphoniker
=====

20. Dezember (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadt-
senates beantragte Kulturstadtrat Gertrude Sandner eine Sonder-
subvention an den Verein "Wiener Symphoniker" in Höhe von
250.000 Schilling. Dieser Betrag soll eine zusätzliche Proben-
tätigkeit ermöglichen. Eine solche ist im Hinblick für die in Herbst
1967 vorgesehene Tournee des nun schon weltberühmten Wiener
Orchesters unter der Leitung seines Chefdirigenten Professor
Wolfgang Sawallisch nach Amerika und Asien von besonderer
Bedeutung.

Der Wiener Gemeinderat wird über diesen Antrag morgen Mittwoch
endgültig entscheiden.

- - -

Zwei neue moderne Müllfahrzeuge
=====

20. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek hat bekanntlich
vor zwei Wochen dem Floridsdorfer Werk der Österreichischen
Automobilfabriks-AG einen Besuch abgestattet und dort vor allen
ein neues Kommunalfahrzeug besichtigt, das je nach Aufbau als
Müllabfuhrwagen, Fäkalienpumpwagen, Spritzwagen usw. verwendet
werden kann. Als Ergebnis dieses Besuches und des Urteils der
Fachleute hat heute Stadtrat Hubert Pfösch in der Sitzung des
Wiener Stadtsenates beantragt, zwei dieser neukonstruierten Fahr-
gestelle mit Frontlenker-Führerhaus zu kaufen. Sie sollen bei der
Müllabfuhr eingesetzt werden.

Der Wiener Gemeinderat wird über diesen Kaufantrag in seiner
morgigen Sitzung endgültig entscheiden.

- - -

Baubewilligung für Fernheizkanal Spittelau-AKH
=====

20. Dezember (RK) Stadtrat Rudolf Sigmund stellte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates einen Antrag auf Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines Fernheizkanals vom Fernwärmewerk Spittelau zum neuen Allgemeinen Krankenhaus.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über Wirtschaftsangelgenheiten
=====

20. Dezember (RK) Der erst Debattenredner ist Gemeinderat Gockner (ÖVP). Er befaßt sich mit den kleineren und mittleren Gewerbe- und Handelsbetrieben unserer Stadt und hebt das sowohl qualitativ als auch quantitativ gute Warenangebot sowie die vorzügliche Kundenbetreuung in diesen Betrieben hervor. Er würdigt die große Bedeutung der verschiedenen Kreditaktionen für die gewerbliche Wirtschaft und betont, daß vor allem die kleinen und mittleren Betriebe weiterhin die Unterstützung der Stadtverwaltung brauchen. Diese Betriebe müssen viele Belastungen auf sich nehmen, ohne sie auf die Preise überwälzen zu können. Sie sind stets bestrebt, den Wünschen der Konsumenten in jeder Hinsicht zu entsprechen. Zur Frage der Lebensmittelkontrolle regt der Redner an, die Kontrollen schon bei den Importen und in den Erzeugerbetrieben in versträrktem Maß durchzuführen.

Gemeinderat Seeböck (SPÖ) stellt einleitend fest, daß er weder für noch gegen eine Änderung der Marktgebühren sprechen will, betont aber, daß zum Beispiel auf dem Naschmarkt ein Entgelt von nur 20 Groschen pro Quadratmeter und Tag eingehoben wird, das sind sechs Schilling im Monat. Der Redner gibt seiner Verwunderung über die Äußerungen des Berichterstatters in einem Artikel des "Volksblattes" Ausdruck, in dem von einer "drastischen Erhöhung" der Gebühren um 150 Prozent die Rede war. Eine solche Erhöhung ergäbe zum Beispiel bei den stabilen Ständen auf dem Naschmarkt bei Gemüse eine Kilobelastung von 1,8 Groschen. Dabei erhebe sich die Frage, ob es überhaupt möglich ist, diese 1,8 Groschen in die Kalkulation hineinzunehmen.

Auf der anderen Seite aber sind auf dem Marktsektor noch zahlreiche Probleme offen, wie zum Beispiel die Planung des Schlachthofes. Die Errichtung des Großgrünmarktes hat zwar den Vorrang vor den Bau des neuen Schlachthofes bekommen, und zwar deshalb, weil die Westautobahneinfahrt die Stadtverwaltung dazu zwingt, den Naschmarkt abzusiedeln. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß Fleisch der wichtigste Eiweißlieferant ist und in Wien ein Drittel des Nahrungsbudgets der Bevölkerung für Fleisch und Wurstwaren ausgegeben wird. In weiteren schildert GR. Seeböck die einzelnen Planungsstadien des Schlachthof-Projekts. ./.

Er stellt dabei fest, daß der Konsulent der Interconstruct vor dem Gemeinderatsausschuß X darauf hingewiesen hat, daß eine Trennung der Märkte eine Ersparnis von 500 Millionen Schilling mit sich bringen würde, daß man gleich mit dem Bau beginnen könnte und außerdem eine kürzere Bauzeit zu erwarten wäre. Stadtrat Prutscher hat im Dezember 1965 in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit zwar die beabsichtigte Trennung der Märkte zur Kenntnis gebracht, jedoch kein Wort von den 500 Millionen-Einsparungen gesagt.

Zu der Auseinandersetzung zwischen Interconstruct und der Internationalen Betriebsberatungsgesellschaft, meint der Redner, daß die Gesellschaft die kommunalen Bedürfnisse kaum beachtet habe, daneben aber auch noch viele andere Faktoren. Überhaupt sei er der Meinung, daß man damit nicht in die Zeitungen hätte gehen sollen, wodurch die Beamten und ihre Arbeit herabgesetzt wurden.

Gemeinderat Lauscher (KLS): Es ist bekannt, daß die Detailmärkte sehr beliebt sind, weil man dort billig einkaufen kann. Auch in der Umgebung eines Marktes ist die Preissituation günstiger.

Der Redner vermißt in Referat des Stadtrates eine Mitteilung darüber, wo tatsächlich neue Märkte errichtet werden sollen. Es scheint, daß diese Frage hinausgeschleppt wird. Zum Beispiel: Favoriten ist auf 130.000 Menschen angewachsen, aber die Marktplanung bleibt zurück. Auch die Markthalle im 9. Bezirk steht seit langen zur Diskussion. Ein alter Wunsch der Brigittenauer Frauen ist es auch, im Gebiet von Zwischenbrücken einen Markt zu erhalten.

Es wäre auch interessant zu erfahren, welche Ergebnisse die betriebswirtschaftliche Untersuchung ergeben hat, in der Angelegenheit der Großmarktplanung. Auch der neue Naschmarkt ist noch ein ungelöstes Problem.

In Zusammenhang mit Lebensmittelverfälschungen, meint der Redner, Österreich braucht dringend ein modernes Lebensmittelgesetz. Die zuständigen Wiener Stellen sollten ihren Teil zu dieser Arbeit beitragen. Das Marktamt sollte auch neben der Routinearbeit gezielte Aktionen zur Kontrolle von Lebensmitteln durchführen.

Zur Fleischversorgung: In manchen Wochen wurde heuer der Markt nur mit der Hälfte der erforderlichen Zahl von Schweinen beliefert. Die Marktbindung hat sich als unzureichend erwiesen.

Zu den Aufgaben der Verwaltung zählt es auch, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, und zwar zu Preisen, die erschwinglich sind. Durch längerfristige Importverträge mit den Nachbarländern - Ungarn wäre zum Beispiel an einem Vertrag interessiert - konnte viel zur Stabilität der Lebensmittelpreise beigetragen werden. Die Folgen der Fleischverknappung in den Sommermonaten des heurigen Jahres haben wir jetzt noch zu tragen, denn die Fleischpreise gingen nicht in dem Ausmaß zurück, in dem sie gestiegen sind. Ein Vergleich der Marktberichte, jeweils bezogen auf die 47. Woche des Jahres 1965 beziehungsweise 1966, zeigt diese Tatsache auf: So lag der Kilopreis für kurze Karree damals zwischen 46 und 48 Schilling, im gleichen Zeitraum 1966 zwischen 50 und 52 Schilling, lange Karree kosteten 40 bis 44 Schilling, heuer 46 bis 48 Schilling usw. Zu der Feststellung, die Gemüsepreise seien heuer niedriger als im vergangenen Jahr, ist zu sagen, daß sie aber im Jahr vorher um 24,4 Prozent höher waren als wiederum ein Jahr vorher, wir also heute noch durch die seinerzeitige enorme Steigerung belastet sind. Leider ist es ja so, daß gerade die Familien mit den kleinsten Einkommen durch die Teuerung am ärgsten getroffen sind, weil der Prozentsatz, den sie für Lebensmittel ausgeben müssen, am Einkommen gemessen, viel höher ist, als bei sozial Bessergestellten.

Leider geht eine große Zahl von Produzenten dazu über - um im Preis gleich zu bleiben - die Qualität der Ware zu verschlechtern oder die Quantität zu mindern. Der Redner hielt es daher für zweckmäßig, würde die Stadt Wien ein von unabhängigen Fachleuten geleitetes Testinstitut schaffen, das sich mit der Prüfung aller neu auf den Markt kommenden Waren beschäftigt. Die Prüfungsergebnisse müßte man natürlich veröffentlichen.

Auch die ungerechtfertigten Handelsspannen, sie betragen in einigen nachgewiesenen Fällen bis zu 300 Prozent, tragen viel zur Teuerung bei. Leider hat der für die Abstellung dieser Praktiken zuständige Innenminister bisher nichts unternommen. Auch die im Jahre 1957 gebildete Paritätische Lohn- und Freiskommission, die gegründet wurde, um Preise und Löhne unter Kontrolle zu bekommen, hat sich zu einem einseitigen Instrument gegen die Arbeiter und Angestellten entwickelt. Durch die

Paritätische besitzen die Unternehmer zwar das Einspruchsrecht gegen Lohnforderungen, Preiserhöhungen können sie jedoch - ohne daß dagegen etwas unternommen wird - ohne Zustimmung der Paritätischen vornehmen.

Leider habe sich diese Politik der Preissteigerungen nicht nur auf die Privatwirtschaft beschränkt, wie die verschiedenen Maßnahmen auf Bundesebene beweisen. Nicht nur die erfolgten Erhöhungen treffen die arbeitenden Menschen unseres Landes schwer, auch die unsoziale Steuerpolitik. Das erste Staatsbudget der ÖVP-Regierung sei ein getreues Spiegelbild ihrer Politik. Sie nimmt aus den Taschen der Armen, um es den Reichen zu geben.

Leider hätten auch die Sozialisten durch die neuen Straßenbahntarife und die geplanten Erhöhungen der Wasser- und Müllabfuhrgebühren, die ab 1. Jänner kommenden Jahres gelten sollen, keinen Beitrag zur Preisstabilität geleistet. Man könne nicht auf Bundesebene gegen die Teuerung wettern, im eigenen Bereich aber dann das Gleiche tun.

Die KLS-Fraktion sei gegen Tarifierhöhungen in Marktwesen, die jeden Verbraucher betreffen, ob Großverdiener oder Rentner. Gegen den Preisauftrieb müßten engerische Maßnahmen ergriffen werden, einerseits durch eine Änderung der gesamten Landwirtschaftspolitik, andererseits durch jene Maßnahmen, die die Arbeiterkammer, der Gewerkschaftsbund und andere Institutionen vorgeschlagen habe. Dazu gehören Einfuhrverbilligungen, Zollsenkungen, Liberalisierungen, Kartellverbote, ein scharfes Vorgehen gegen Preistreiber, eine generelle Überprüfung der Handelsspannen und anderes. Die Wirtschaftspolitik müßte unsere spezifischen Strukturschwierigkeiten überwinden.

Man sollte auch nicht immer wieder von einer "Randlage" Wiens sprechen, dies entspreche nämlich einem Kleineuropa-Standpunkt, der nur den EWG-Raum im Auge hat und durch die Entwicklung bereits überholt ist. Wien sei interessiert an einem universalen Europa und nicht an einer Verewigung der einzelnen Machtblöcke, die mit der Zeit abgebaut werden müßten. (Zwischenruf GR. Wiesinger, SPÖ: "Und die Mauer in Berlin?") Österreichs Chance liege in seinem Neutralitätsstatus (Zwischenruf GR. Leinkauf, ÖVP: "Zuerst war der Ostblock"). Die erste Blockbildung erfolgte durch die NATO, dann

erst wurde als Reaktion darauf der Warschauer-Pakt geschlossen. (Zwischenruf Gemeinderat Jodlbauer, SPÖ: "Das ist nicht wahr. Zuerst hat die Zwangsherrschaft der stalinistischen Ära die Ostblockstaaten unter einen Willen gezwungen"). Jedenfalls liege es in unseren Interesse, die Machtblöcke abzubauen.

In der ÖVP habe man einerseits die Bedeutung der Brückenfunktion Wiens erkannt, andererseits teile man den gefährlichen EWG-Standpunkt. Das sei ein Widerspruch in sich.

Die KLS-Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe X nicht zustimmen.

Gemeinderat Peter (FPÖ) wehrte sich zunächst dagegen, daß man die Wirtschaftstreibenden, besonders die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, pauschal der Preistreiberei bezichtige.

Wenn hier von "Europa" gesprochen werde, meine man damit das freie Europa. Zum Osthandel sei zu fragen, ob man mit einem Partner Handel treiben könne, der selber nichts habe. In Ostdeutschland seien einzelne Waren noch immer nur gegen Bezugsscheine zu haben. Dazu kommt, daß die kommunistischen Regime nicht auf freiwilliger Basis, sondern auf den Bajonetten der Roten Armee errichtet wurden.

Der Redner kritisiert sodann, daß auch in dieser Geschäftsgruppe die Ausgaben in viel höherem Ausmaß gestiegen sind als die Einnahmen. Die Gründe dafür sind auch hier wie überall die allgemeine Preissteigerung und der deutlich merkbare Währungsverfall. Auch hier sehen wir wieder, daß es sich bei dem vorliegenden Voranschlag um ein "Inflations-Budget" handelt.

Gemeinderat Peter stellt sodann fest, daß die Einnahmen aus den Jagdpachtschilling für 1967 gestiegen sind, und zwar um 6.000 Schilling gegenüber 1966. Das ist ein geringer Betrag im Vergleich mit anderen Bundesländern, und es erhebt sich die Frage, wie und an wen die Jagdpachten in Wien zu so billigen Preisen vergeben werden.

Zur Frage der Gebührenerhöhungen wiederholt der Redner die Meinung seiner Fraktion, die Gebührenerhöhungen grundsätzlich ablehnt. Nicht die Groschen, sondern die Summierung der Groschen machen die Erhöhungen aus, und auch hier gilt der Grundsatz: Aus vielen Wenig entsteht letzten Endes ein Viel.

Die Haltung der ÖVP in der Frage der Marktbindung bezeichnet GR. Peter als unverständlich. Außerhalb der Sitzungen sei diese Partei nämlich gegen die Marktbindung, im Gemeinderat aber stimme sie immer dafür.

Die Beilagen, die den Gemeinderatsmitgliedern zu den Berichten der Referenten auf die Pulte gelegt werden, kommen immer zu spät, bemängelt der Redner sodann. Sie sollten nicht erst am Tag der Debatte zur Verfügung stehen. In der heute vorliegenden Beilage stimmt die Angabe nicht, daß Klebstoff, Bleistiftspitzer usw. billiger geworden seien. Es erhebt sich also der Verdacht, daß andere Preissenkungen, die in der Beilage angeführt sind, auch nur auf dem Papier stehen.

Zu den Preissteigerungen in Österreich bemerkt der Redner, daß die meisten dieser Preissteigerungen bereits zur Zeit der alten Koalitionsregierung ausgelöst worden seien. Im Bundesbudget für 1967 sind Preissteigerungen von vier Prozent bereits einkalkuliert. Glaubt man denn, daß dies in alle Ewigkeit so weitergehen kann? Auch die Alternative: Entweder Investitionen oder Konsumation, ist falsch. Es darf keinen Konsumverzicht zugunsten der Investitionen geben. Dazu kommt noch, daß es auf diesem falschen Weg zahlreiche Fehlinvestitionen, Leerläufe und vor allem Korruptionsfälle gibt, die ja letzten Endes der Grund für die Differenz zwischen Konsumation und Investition sind.

GR. Dr. Weninger (ÖVP) meint, daß sich die Grenzen zwischen Konsument und Produzent verwischt haben. Auch der, der Waren erzeugt, tritt heute als Konsument auf. Bei den politischen Parteien trifft es ebenfalls nicht mehr zu, daß die SPÖ die Konsumentenpartei ist und die ÖVP ist auch nicht mehr die Produzentenpartei.

Die Frage ist also vielmehr: Was können wir als Gebietskörperschaft dazu beitragen, damit ungünstige Preisentwicklungen paralysiert werden. Das vor allem ist unsere Aufgabe als Wiener Gemeinderäte.

Der Redner verweist darauf, wie hoch der Anteil der Kosten für Ernährung in den österreichischen Familien ist.

Bei den Arbeiterfamilien beträgt er 32 Prozent, bei den Angestellten 28 Prozent und in Pensionistenhaushalten und in kinderreichen Familien steigt der Aufwand auf 37 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß drei Viertel aller Haushaltsausgaben von unseren Frauen gemacht werden. Einige Zahlen dazu: Im Jahr 1965 wurden für Nahrungsmittel und Getreide 56 Millionen umgesetzt, davon gingen 43 Millionen oder 78 Prozent durch die Hand der Frau. Bei der Kleidung sind es 19 Millionen, davon 15 Millionen oder 77 Prozent durch die Frau, Heizung: 5 Millionen, davon 3 Millionen oder 70 Prozent durch die Frau. Bei Einrichtungsgegenständen und Hausrat sind es 77 Prozent, bei Bildung, Erholung und Unterhaltung 60 Prozent.

Dr. Weninger schlägt als behördliche Maßnahmen, um Preisschwankungen auszugleichen, Zollsenkungen und Einfuhren vor, Auslagerungen, zum Beispiel bei Gefrierfleisch und Budgetbindungen, die auf den Geldmarkt regulieren eingreifen können. Auch eine Bereinigung der Strukturschwäche und Untersuchungen der Infrastruktur seien wünschenswert.

Was die ~~Warenkennzeichnung~~ betrifft, so wird heute im Ministerrat ein diesbezüglicher Antrag eingebracht werden, der vor allem für den Obst- und Gemüsehandel Klarheit schaffen wird.

Heute wurde bereits wiederholt Prof. Nemschak zitiert. Dieser hat aber auch vor wenigen Wochen erklärt, daß tatsächlich eine Preisberuhigung im Jahr 1966 eingetreten ist, und besonders bei Obst und Gemüse eine Stabilisierung festgestellt werden kann. Der Redner stellt ferner fest, daß die Spareinlagen pro Kopf von 317 Dollar (1964) auf 363 Dollar gestiegen sind.

Für überaus wichtig bezeichnet Dr. Weninger auch die Konsumentenberatung und hier auf Grund der von ihm genannten Zahlen vor allem die Beratung der Hausfrau. Der Redner schließt mit der Mahnung an die Hausfrauen: "Eine Frau kann nie mehr Geld zum Fenster hinauswerfen, als der Mann bei der Tür hereintragen kann".

GR. Jedletzberger (ÖVP) verweist auf die große Bedeutung, die die Landwirtschaft auch für Wien hat. Der Wiener Weinbau produziert jährlich rund 40.000 Hektoliter, von denen 85 Prozent im Buschenschank bei unseren Wiener Heurigen abgesetzt werden.

Große Sorgen hat die Wiener Landwirtschaft durch die Errichtung des Großgrünmarktes, weil einige Betriebe von der Absiedlung betroffen sind. Auf die Wiener Gartenbaubetriebe hat sich das heurige Wetter ungünstig ausgewirkt, weil ein Großteil der Ernte in einem kurzen Zeitabschnitt anfiel und es daher nicht möglich war, das Gemüse zu verkaufen. 550 Tonnen blieben unverkauft, obwohl der Versuch unternommen wurde, ins Ausland zu liefern. Der Erzeugerdurchschnittspreis lag beim Gemüse heuer um 85 Groschen niedriger als im Jahr vorher.

Als beunruhigend für die Landwirtschaftsbetriebe bezeichnet der Redner den Entwurf der Flächenwidmung für das Gebiet von Simmering. Bei Verwirklichung dieses Entwurfes wären 40 Gartenbaubetriebe abzusiedeln, wobei eine Hochglasfläche von 170.000 Quadratmeter abgetragen werden müßte. Für die Betroffenen wäre das eine Katastrophe, darüber hinaus aber auch für unsere Stadt, werden doch 50 Prozent des angelieferten Gemüses in Wien erzeugt. Die Tragik bei den Absiedlungen liegt auch in der Tatsache, daß der Großteil der Betriebe sich nicht mehr zu einer Neuansiedlung entschließen kann. Von im Vorjahr abgesiedelten zwanzig Betrieben haben nur zwei wieder von vorne angefangen. Es ist schwer, einen Landwirtschaftsbetrieb von heute auf morgen wieder leistungsfähig zu machen. Die öffentliche Hand müßte hier helfend eingreifen, um diesen für die Ernährung unserer Stadt so wichtigen Zweig der Wirtschaft zu erhalten.

Der Redner kommt sodann auf die Bedeutung der Landwirtschaft überhaupt zu sprechen. Über ihr eigentliches Aufgabengebiet hinaus hilft sie mit, die Produktionskraft eines Landes zu erhalten.

An Hand von Zahlen weist der Redner nach, daß die überwiegende Mehrheit unserer landwirtschaftlichen Betriebe - und zwar bis zu 88 Prozent - kleiner als zwanzig Hektar ist.

Gemüse aus dem Ausland einzuführen, sei nicht immer die Lösung, weil das Gemüse im Ausland in den meisten Fällen wesentlich teurer ist als in Österreich.

Abschließend appelliert der Redner, den berechtigten Sorgen des Wiener Gartenbaues und der Wiener Landwirtschaft vollstes Verständnis entgegenzubringen.

Wie GR. Jodlbauer (SPÖ) feststellt, verleite das zu behandelnde Kapitel dazu, auf die Wirtschaftspolitik unseres Landes einzugehen. Das sei verständlich, stellt doch diese Geschäftsgruppe ein Spiegelbild für die Wiener Wirtschaft dar, das durch seine Größenordnung eine Analyse der Gesamtwirtschaft ermöglicht. Der Redner definiert den Begriff Wirtschaft und verweist auf die bedeutende Rolle, die sie auch in der Diskussion immer eingenommen hat. Es sei daher erfreulich, daß sich auch die Schule dieser wirtschaftlichen Erziehung immer mehr annimmt. Im Polytechnischen Jahr wurde die Möglichkeit geschaffen, den jungen Menschen mit den verschiedenen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu konfrontieren und ihm ein wirtschaftliches Denken mitzugeben.

Unsere Wirtschaft in Österreich ist zweifellos getragen von dem Gesichtspunkt der Wettbewerbswirtschaft und auch der Marktmechanik, wo die freie Unternehmerinitiative freien Raum hat, aber auch Ordnungseinrichtungen unterworfen ist. Die Wirtschaft sei nicht Selbstzweck, sondern im besten Fall Mittel zum Zweck. Es ist daher notwendig, daß auch die politischen Fraktionen zu den verschiedenen Wirtschaftsformen Stellung nehmen. Für seine Fraktion stellt der Redner fest, daß die Sozialistische Partei laut ihrem Parteiprogramm eine Partei der arbeitenden Menschen ist. Er verwahrt sich dagegen - wie Gemeinderat Lauscher immer wieder versucht - die Sozialistische Partei als Partei der Arbeiter und Angestellten hinzustellen. Die Sozialisten sind der Meinung, daß jeder Mensch, der von seiner Hände Arbeit oder von seiner geistigen Arbeit lebt, als arbeitender Mensch angesprochen wird und daß sie die Interessen aller dieser Menschen zu vertreten hat. Der Redner zitiert eine Stelle aus dem sozialistischen Parteiprogramm, in der zu wirtschaftlichen Fragen Stellung genommen wird. Aus dieser Formulierung sei zu erkennen, daß die Wirtschaft sich natürlich den allgemeinen Bedürfnissen des Menschen unterzuordnen hat, daß sie aber soweit sie den Gesamtinteresse diene, die volle Möglichkeit zur Entfaltung haben soll. Auch im Programm der deutschen Sozialdemokratie gilt der Grundsatz: Wettbewerb soweit als möglich, Planung soweit als nötig.

Es muß einmal gesagt werden, daß die Bezeichnung "sozialistische" Staaten für die Oststaaten ein Plagiat darstellt. Auch die Wirtschaft dort ist keine "sozialistische" Wirtschaft, sondern eine totalitäre, die durch die Unterdrückung des freien Unternehmertums schon viele wirtschaftliche Katastrophen heraufbeschworen hat. Jeder rechte Europäer wünscht sich einen Wirtschaftsraum, der ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural umfaßt. Wir wissen aber auch, daß die politischen Kräfte die Schaffung eines solchen Wirtschaftsraumes derzeit nicht zulassen. Dennoch bleibt die Aufgabe bestehen, alles zu tun, was der Entwicklung in dieser Richtung dient.

Der österreichischen Wirtschaft wird der großräumige Markt große Schwierigkeiten und Probleme bringen und man darf keineswegs glauben, daß die EWG ein Allheilmittel für unsere wirtschaftlichen Sorgen darstellt.

Für unser Wirtschaftsleben haben wir durch Gesetze und Maßnahmen feste Spielregeln geschaffen, die dem Einzelnen freie unternehmerische Initiative und dem Konsumenten die Wahlmöglichkeiten garantieren. Bei Preisauswüchsen müssen wir natürlich mit allen Mitteln dagegen einschreiten.

Heute kann man das Volk aber nicht mehr in Produzenten und Konsumenten einteilen. Jeder Produzent ist auch Konsument. Ein Tischlermeister, der Särge erzeugt, hat erst am Ende seines Lebens die Möglichkeit, von seinem Produkt selbst Gebrauch zu machen; aber Konsument ist er während seines ganzen Lebens. Zwischen Produzenten und Konsumenten gibt es auch das Dienstleistungsgewerbe und den Handel.

Bekanntlich gibt es drei Faktoren der Produktion: Grund und Boden, Kapital und Arbeitskraft. Für eine entsprechende Leistungskraft der Produktion sind ausreichende Kapitalmengen erforderlich. Das Kapital kann auf zwei verschiedenen Wegen entstehen: Einmal dadurch, daß durch zweckmäßige Umverteilung des Einkommens jeder möglichst viel verdient und so in die Lage versetzt wird, mit einem Teil seines Geldes Sparkapital zu bilden. Die andere Möglichkeit zur Kapitalbildung wäre, die große Masse der Einkommen niedrig zu halten und das Kapital nur bei Einzelnen akkumulieren zu lassen, die dann aber erfahrungsgemäß weniger das Allgemeinwohl, als die eigenen Vorteile im Auge haben.

Den sozialistischen Grundsätzen entspricht es, durch eine gerechte Einkommenspolitik allen einen Verdienst zu sichern, von dem sie sich etwas weglegen können. Dieses Sparkapital kommt dann auf den Kreditweg der Wirtschaft zugute, der dadurch eine höhere Produktivität ermöglicht wird.

Die Produktivitätsrate in Österreich ist noch nicht befriedigend. 1965 wurden Waren um 14 Milliarden Schilling mehr eingeführt, als ausgeführt. Heuer wird der Importüberschuß sogar 20 Milliarden Schilling erreichen. Der Ausgleich unserer Handelsbilanz, der bisher durch den Fremdenverkehr möglich war, wird heuer nicht mehr vorhanden sein. Das heißt, daß Österreich nicht instande ist, soviel zu erzeugen, wie gekauft wird. Dies gilt auch dann, wenn man die Muß-Importe von Waren, die es bei uns nicht gibt, berücksichtigt.

Bedenklich ist auch die psychologische Einstellung zur ausländischen Ware, die vielfach als besser und preiswerter angesehen wird. Tatsächlich staunt man manchmal über die niedrigen Preise, zu denen Firmen aus dem EWG-Raum trotz Zoll- und Transportkosten ihre Waren bei uns anbieten können. Man fragt sich, wie solche Preise möglich sind. Dazu ein Beispiel aus der Möbelbranche: Eine deutsche Möbelfabrik, die einen jährlichen Ausstoß von rund 6.000 Zimmereinrichtungen hat, liefert zehn Prozent ihrer Produktion nach Österreich. Diese zehn Prozent können unter dem Preis angeboten werden, weil der Gewinn der in Deutschland verkauften 90 Prozent diesen Verlust auffängt. Wenn die Firma aber den österreichischen Markt erobert hat, ziehen ihre Preise an und bald kostet die Ware genausoviel wie die österreichische.

Auch in der Binnenwirtschaft gibt es verschiedenen Praktiken, die zu Unbehagen bei den Käufern führen. Eine Fabrik bietet den Händlern beispielsweise eine Ware an, deren empfohlener Preis eine Handelsspanne von 27 Prozent enthält. Einige Geschäfte geben diese Ware mit einem 25prozentigen Nachlaß an den Endverbraucher weiter. Und dennoch gehen solche Schleuderer nicht zugrunde. Dies deshalb nicht, weil die Großfirmen sogenannte Umsatzbonifikationen gewähren. Wenn etwa pro Jahr Waren für eine Million abgesetzt werden, erhalten die Händler zusätzlich 7 bis 8 Prozent des Umsatzes. Das macht dann den Gewinn aus. Es ist aber davor zu warnen, die Wirtschaft auf derartige Praktiken aufzubauen, denn dies stellt eine Vorstufe zu einem totalitären Wirtschaftssystem dar.

Die Sozialistische Partei nimmt auch großen Anteil an der wirtschaftlichen Lage der Bauern, Gärtner, Weinbauer usw. Wien hat für die Landwirtschaft eine Kreditaktion ins Leben gerufen, gewährt Zuschüsse zur Hagelversicherung und hilft bei Absiedelungen. Es wäre also unsinnig, zu behaupten, die SPÖ sei bauernfeindlich. Wir sehen vielmehr die Bedeutung der Urproduktion und anerkennen die Leistungen der Landwirte, die ja meistens reine Familienbetriebe führen.

Aber es muß auch festgestellt werden, daß für die Bauern sehr viel getan wird. Während die Steuerleistung der Selbständigen Österreichs jährlich 11,5 Milliarden Schilling beträgt, bringt die Landwirtschaft 400 Millionen an Steuermitteln auf. Im Rahmen des "Grünen Planes" erhält sie aber 750 Millionen Schilling. Die verschiedenen Preisstützungen kommen auch keineswegs nur dem Konsumenten zugute, sondern auch der Landwirtschaft, denn nur dadurch erzielt die Landwirtschaft Preise, die sie in einem freien Markt nicht erhalten würde.

Die Sozialisten sind für die Landwirtschaftsförderung. Aber sie treten dafür ein, nur jene zu fördern, die es sozial auch verdienen. Sie sind gegen eine lineare Stützung, die jedem Liter Milch zugute kommt, ganz gleich, ob er von einem kleinen Gebirgsbauern oder von einem reichen Großgrundbesitzer kommt. Auch in der gewerblichen Wirtschaft werden schließlich nur die wirtschaftlich Schwachen gestützt.

Abschließend stellte GR. Jodlbauer an Stadtrat Dr. Prutscher die Frage, warum seit einiger Zeit die morgendlichen Marktberichte vom Rundfunk nicht mehr gebracht werden.

GR. Walzer (ÖVP) stellt zur geplanten Erhöhung der Markt-, Schlachthof- und Veterinärgebühren fest, daß diese Gebühren seit 15 Jahren unverändert geblieben sind. Man wird sich einer entsprechenden Erhöhung nicht verschließen können, aber es erscheint unmöglich, den Versuch zu unternehmen, das, was man 15 Jahre nicht getan hat, nun in einem Jahr nachzuholen.

Die zur Debatte stehende Erhöhung beträgt am Fleischsektor das Dreieinhalb- bis Sechseinhalbfache. Das würde gewisse Gefahren für eine Abkehr von den Wiener Märkten und Schlachthöfen mit sich bringen. Bei Rindern soll die Gebühr von bisher 24 auf 148 Schilling erhöht werden. Vom durchschnittlichen Lebendgewicht eines Rindes

von 550 Kilogramm bleibt jedoch nur ein tatsächliches Fleischgewicht von 200 bis 210 Kilogramm übrig. Nach dem Vorschlag des Magistrats würde sich die Gebühr von zwölf Groschen je Kilogramm Fleisch auf 74 Groschen erhöhen. Das würde bedeuten, daß der Konsument für die besseren Rindfleischsorten pro Kilogramm um 1.50 Schilling mehr bezahlen müßte. Dasselbe gilt auch bei Schweinen. Bei Wurstwaren würde die Erhöhung zwischen 50 Groschen und einem Schilling liegen.

Der Redner verlangt, daß man sich in Hinblick auf diese Tatsachen mit einer etappenweisen Erhöhung der Gebühren beschäftigen sollte. An den Landeshauptmann stellt Gemeinderat Walzer die Bitte, sich das Für und Wider dieses Problems anzuhören und eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Die Vertreter der gewerblichen Wirtschaft lehnen jede Verantwortung für eventuelle Auswirkungen auf den Verbraucherpreis ab.

Der Redner urgiert sodann den Ausbau des Kühlhauses in St. Marx und befaßt sich anschließend mit den Zuständen auf dem Rinderschlachthof, dessen älteste Teile bereits 120 Jahre alt sind. Er bezeichnet den teilweisen Wiederaufbau seit 1945 als nicht sehr befriedigend und stellt die Frage, ob es nicht doch besser wäre, den Schlachthof völlig neu zu bauen.

Zur Frage der Einkaufszentren führt Gemeinderat Walzer an, daß in Konsum in der Siebenbürgerstraße, in dessen Nähe auch noch private Geschäftslokale vorhanden sind, das Familienpaket Radion 17.50 Schilling kostet. In einer kaum 500 Meter entfernten anderen Konsumfiliale, wo sich weit und breit kein Konkurrenzbetrieb befindet, kostet das gleiche Paket 22 Schilling. Daraus ergibt sich, daß eine Monopolisierung der Einkaufszentren ungesund ist und den Konsumenten schadet.

In folgenden macht der Redner einige grundsätzliche Bemerkungen zu Problemen der Wiener Wirtschaft. Die strukturelle Situation des Wiener Gewerbes hat sich geändert: Von 1954 bis einschließlich 1965 ist die Zahl der Fachgruppenmitglieder von 48.544 auf 37.878 zurückgegangen. Eine analoge Entwicklung ist auch bei der Zahl der Gewerbebetriebe festzustellen. Ende 1965 gab es insgesamt 75.176 Betriebe der gewerblichen Wirtschaft in Wien. Davon entfallen auf das Gewerbe 35.340, von denen 27.323 reine Gewerbebetriebe sind. Speziell die Zahl der Einmannbetriebe ist rückläufig. ./.

Es liegen aber auch Strukturveränderungen innerhalb einzelner Branchen vor. Zu übertriebenem Pessimismus besteht jedoch kein Anlaß, denn das Gewerbe ist nach wie vor ein maßgebender Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt. Das geht auch aus folgenden Zahlen hervor: Das Wiener Gewerbe ist mit einem Anteil von 35,5 Prozent Arbeitern und Angestellten nach der Industrie (36,2 Prozent) der zweitgrößte Arbeitgeber unserer Stadt. Im August 1963 waren hier rund 174.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, ihre Zahl ist bis heute weiter gestiegen.

In Zusammenhang mit dem am 8. Juli 1966 beschlossenen Gesetz über die Gebrauchsgebührenabgabe (im Volksmund als "Luftsteuer" bezeichnet), stellt der Redner fest, daß er sich beim Studium dieses Gesetzes vor der Beschlußfassung auf die erläuternden Bemerkungen verlassen habe, in denen es hieß: "Die in Aussicht genommene Erhöhung der Abgabe, die im großen Durchschnitt annähernd das Doppelte der derzeitigen Ansätze betragen soll, stellt - objektiv gesehen - ein bescheidenes Nachziehen des Tarifes dar." In Wirklichkeit wurden jedoch Erhöhungen von 30 auf 200 Schilling durchgeführt, das sind fast 700 Prozent, und es sind Fälle bekannt, wo es Erhöhungen bis zu 1.000 Prozent gab. Der Redner verwahrt sich gegen solche Methoden und betont, daß die Landtagsabgeordneten unter Hinweis auf die erläuternden Bemerkungen im guten Glauben gehandelt haben. Er erwarte, daß hier raschest nach dem Rechten gesehen wird, dies umso mehr, als den beiden Fraktionen bereits Zusagen gegeben wurden.

Der Redner betont, daß das Gewerbe für sich keinen "Reservatenschutz" beansprucht, sondern eine Wirtschaftspolitik verlangt, die der Struktur unserer Wirtschaft, bei der in Wien die Klein- und Mittelbetriebe überwiegen, angepaßt sein muß. Die Selbsthilfebestrebungen des Gewerbes müssen durch entsprechende Maßnahmen seitens der Gemeinde, des Landes oder des Bundes unterstützt werden. In diesem Zusammenhang anerkennt Gemeinderat Walzer die positiven Bestrebungen der Gemeinde Wien auf dem Kreditsektor für die Gewerbetreibenden. Gemeinderat Walzer erklärte, er mache sich große Sorgen um die Löhne und um die Preise. Das Gewerbe hat im Jahr 1965 136 Lohn erhöhungen über sich ergehen lassen müssen. Übermäßige Lohnforderungen bringen den Arbeitenden praktisch nichts ein sondern führen nur zu einem Preisauftrieb. Das gilt besonders für das Gewerbe, das stark lohnintensiv ist.

Das Gewerbe hat an den Preiserhöhungen keine Freude. Wir brauchen eine Atempause sowohl bei Preisen wie auch bei Löhnen. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir bereits eine Normalisierung der Konjunktur haben. Es wäre daher weit gefehlt, den Kopf in den Sand zu stecken und zu glauben, daß Wien eine Insel wäre, die nicht untergeht.

Fragen zur Stadthallen-Filmproduktion

Abschließend geht der Redner auf die Stadthallen-Filmproduktion ein. Die Stadt Wien ist über die Hoheitsverwaltung an vielen Unternehmungen beteiligt und zum Teil deren alleiniger Besitzer. Für die Kontrolle dieser Unternehmungen ist der Finanzreferent verantwortlich. Seit Tagen wird in den Tageszeitungen der Fall der Stadthallen-Filmproduktion zur Diskussion gestellt, wobei von Verlusten von vielen Millionen Schilling gesprochen wird. Die Fraktion der ÖVP hat davor gewarnt, sich in das riskante Geschäft der Filmproduktion und des Filmverleihs einzulassen und erklärt, daß es nicht Aufgabe der Stadt Wien sein kann, in diesem Geschäftszweig tätig zu werden. Die letzte Kapitalaufstockung für die Filmproduktion der Stadthalle im Betrag von 20 Millionen Schilling wurde sowohl im Finanzausschuß wie im Gemeinderat gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei von der sozialistischen Mehrheit dieses Hauses beschlossen. Im Gemeinderat wurde von der ÖVP-Fraktion die Vorlage der Bilanz der Stadthallen-Filmproduktion und ein Bericht über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft im Finanzausschuß verlangt. Der Finanzreferent, Vizebürgermeister Slavik, lehnte dieses Verlangen mit dem Hinweis ab, daß damit Geschäftsgeheimnisse dieser Gesellschaft preisgegeben würden. Der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft wurde von der Geschäftsführung, wenn die Darstellungen der Preise stimmen, offenbar falsch informiert. Er frage daher den Finanzreferenten, ob er bereit ist, dem Gemeinderat eine restlose Aufklärung über die finanzielle Lage der Stadthallen-Filmproduktion und über die Verluste, die durch diese Gesellschaft entstanden sind, zu geben.

Den Ansätzen der Gruppe X werde die ÖVP zustimmen.

GR. Binder (SPÖ) stellt fest, es gibt fast nirgends in der Welt heute echte Preise für landwirtschaftliche Produkte. Fast überall werden Futtermittel, werden Düngemittel und so weiter im Preis gestützt, so daß kein echter Preis herauskommt. Wenn aber in Österreich vier Milliarden Schilling in die Landwirtschaft hineingesteckt werden, dann kann man doch nicht mehr von "Angebot und Nachfrage" auf den Märkten reden.

Es sei schade, daß die Marktbindung nur für sechs Monate gegolten hat. Auf Grund der Schwierigkeiten bei der Schweinefleisch-anlieferung mußte dafür gesorgt werden, Schweine von anderswo zu bekommen. Schweinefleisch war in Österreich seit altersher ein wesentlicher Bestandteil der Ernährung der Menschen. Wenn es nun in der Versorgung auf diesem Sektor zu Schwierigkeiten kommt, muß man dem kleinen Mann sagen, warum dies so ist. Wir waren froh über jenes Schwein, das wir aus dem Ausland einführen konnten.

In dieser Situation hat der Herr Stadtrat gemeint, stellt der Redner fest, müßte er gegen die vom Landeshauptmann verfügte Marktbindung sein. Natürlich kann jeder Mensch seine eigene Meinung haben und natürlich kann man auch sagen, die Marktbindung regelt den Preis nicht. Einige Fleischhauer haben die Ausführungen des Stadtrates aber zum Anlaß für Plakate gegen die Marktbindung genommen, die sie in ihren Geschäften aufgehängt haben. Eine solche Vorgangsweise hält der Redner für unfair dem Landeshauptmann gegenüber und für falsch, denn ein Stadtrat kann nicht nur eine Gruppe der Bevölkerung vertreten. Stadtrat Prutscher habe die Verfügung der Marktbindung ferner als eine "Alibimaßnahme" für den Herrn Landeshauptmann bezeichnet. Das heißt auf deutsch übersetzt, daß er die Marktbindung als "Augenauswischerei" bezeichnet hat, und dagegen und gegen die Diskriminierung des Landeshauptmannes verwahrt sich GR. Binder energisch. Der Redner zitiert in diesem Zusammenhang das Landwirtschaftsgesetz in dem es unter anderem heißt: ... "die Landwirtschaft ist unter Bedachtnahme auf die Gesamtwirtschaft und die Interessen der Verbraucher zu fördern." Hätte also der Landeshauptmann in der gegebenen Situation nichts gemacht, hätte er es verabsäumt, entsprechend den Gesetzen zu arbeiten.

Der Redner bedauert es, daß er in dieser Form und rein persönlich gegen Stadtrat Prutscher auftreten muß, aber diese Vorgangsweise anläßlich der Marktbindung und die Pressefreudigkeit des Stadtrates zwingt ihn dazu. Selbstverständlich hat ein Stadtrat mit der Presse Kontakt zu pflegen, das dürfte aber nicht so weit gehen, daß die Ausschußmitglieder über jene Dinge, über die sie im Ausschuß zu beschließen haben, bereits vorher aus der Zeitung erfahren.

Zum Gemüsegroßmarkt: Ein neuer Gemüsegroßmarkt wird außer anderen Vorteilen die Möglichkeit für eine übersichtliche Marktkontrolle bieten.

Bei einem Kongreß, der in diesem Sommer abgehalten wurde, hat Prof. Beran festgestellt, daß in Österreich zu starke Gifte in der Landwirtschaft verboten wären. Das schließt aber nicht aus, daß sie trotzdem verwendet werden. Auf einem Großmarkt wird also eine wissenschaftliche Kontrolle viel leichter möglich sein. Vor Errichtung des Marktes sollte man prüfen, wieviele Großhändler daran interessiert sind, damit man weiß, wie groß der Markt sein muß. Nach der Festlegung der Größe wird man dann auch erst die Kosten berechnen können und wie hoch der Quadratmeterpreis sein wird. Das Marktgeschehen wird in der EWG jedenfalls ein wesentlich anderes sein. Auch die Hamburger Markthändler sind durch die neuen Gebühren nicht zugrunde gegangen.

An der derzeitigen Form der Landwirtschaftsförderung ist zu bemängeln, daß der Bauer in einem schlechten Jahr, wenn er wenig erntet, auch weniger Stützungs Mittel erhält, weil ja nur die Mengen der abgeführten Produkte subventioniert werden.

GR. Binder wies sodann auf die großen Möglichkeiten hin, die der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten durch die moderne Technologie, Biologie und Chemie geboten worden sind. Die Anwendung der modernen Methoden ist aber bei der zersplitterten Form der österreichischen Landwirtschaft nur schwer möglich. Die Landwirtschaftspolitik muß daher die Komassierungen mit allen Mitteln fördern.

Der Bau eines Schlachthofes verschlingt gewaltige Steuermittel. In Dänemark gibt es Schlachthöfe, die auf genossenschaftlicher Basis errichtet wurden.

In St. Marx werden wöchentlich rund 25 Millionen Schilling umgesetzt. Die Gebühren der Marktämter blieben seit 1951 unverändert. Derzeit laufen an Gebühren des Markt- und Veterinäramtes beispielsweise für ein Stück Großvieh 24 Schilling auf. Dieser Betrag läßt sich auf das Kilo Fleisch gar nicht umlegen, so geringfügig ist er, wenn man bedenkt, daß das Durchschnittsgewicht eines Rindes 500 Kilogramm beträgt.

Die Frage der Lebensmittelpreise spielt vor allem bei den kleinen Einkommensbeziéhern eine große Rolle. Dort, wo nur 10 Prozent des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben werden, fragt man weniger nach den Preisen.

Aus verschiedenen Erwägungen heraus muß man den kommunalen Großmarkt und den kommunalen Schlachthof befürworten. Dies schon wegen der veterinärpolizeilichen Überwachung der zahlenmäßig sehr bedeutenden Viehimporte.

Abschließend hebt der Redner die große Bedeutung der richtigen Ernährung für die Volksgesundheit hervor. Wie weit diese Bedeutung reicht, zeigt er an einem Beispiel, wonach ein Biologe aus Oxford festgestellt hat, daß der Vitamingehalt von Eiern, die von Hühnern in Geflügelfarmen gelegt werden, um die Hälfte geringer ist als jener der "normalen" Landeier.

Die SPÖ wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen.

In Schlußwort stellt Stadtrat Dr. Prutscher fest:

Schweinezyklus: Es ist richtig, daß es durch Einflußnahme auf die Bauern möglich wäre, den Schweinezyklus zu mildern. Eine solche Einflußnahme stößt aber auf ähnliche Schwierigkeiten, wie eine Einflußnahme etwa auf die Konsumenten.

Marktbindung: Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Marktbindung wirkungslos ist, weil die Preise sich nach den Auslandspreisen richten. Die Marktbindung hat tatsächlich keinen Einfluß darauf, ob die Preise steigen oder fallen.

Schlachthof: Hoffentlich gelingt es uns gemeinsam, den Finanzreferenten von der Dringlichkeit dieses Problems zu überzeugen. Eine vernünftige Regelung der Gebührenfrage ist in übrigen auch eine Voraussetzung für den Neubau. Wegen der Marktberichte im Rundfunk habe er einen Brief an den Rundfunk geschrieben und gefragt, wieso hier, ohne ihm etwas zu sagen, geändert worden ist.

Die alte Ansicht, daß Gefrierfleisch von geringerer Qualität ist, trifft heute längst nicht mehr zu.

Zu der Frage von GR. Peter über den Jagdschilling, der gehört in die Gruppe VII zum Stadtforstamt.

Was den Klebstoff betrifft, haben beide Recht. Das Beschaffungsamt kauft en gros ein. Wie teuer aber der Uhu morgen für uns krächzen wird, wisse er nicht zu sagen.

Wenn GR. Lauscher gesagt habe, Obst und Gemüse seien teurer geworden, könne er diese Ansicht nicht teilen. Der Referent bringt eine Aufstellung, aus der hervorgeht, daß Obst und Gemüse billiger geworden sind. Es sei jedoch richtig, meint Stadtrat Dr. Prutscher sarkastisch, wenn GR. Lauscher gesagt hat, daß die Großagrarien die Preise für Schweine in die Höhe treiben. Es sind dies die Lieferungen aus Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien.

Marktgebühren: Er habe immer die Meinung vertreten, man müsse auch die Auswirkungen auf die Preise prüfen und mit denen verhandeln, die die Marktgebühren zu bezahlen haben.

Was die Frage nach neuen Detailmärkten betrifft, müsse auch er sich damit bescheiden, bis ihm die Stadtplanung sagt, welche Vorschläge verwirklichtbar sind. Das gilt auch für die verschiedenen Bezirksprojekte, über die GR. Lauscher gesprochen hat.

Bereits in seinem Referat war Stadtrat Dr. Prutscher auf die Anfrage von GR. Dozent Dr. Gisel anlässlich der Debatte über die Geschäftsgruppe VIII eingegangen. Diese Anfrage betraf die Möglichkeit einer gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung durch den Genuß von nichtpasteurisierte, urochromhaltiger Milch. Stadtrat Dr. Prutscher stellt dazu fest, daß in Wien selbst 1.251 Tonnen Milch produziert werden. Darunter werden 944 an die Molkereien geliefert und dort pasteurisiert. In nicht pasteurisiertem Zustand gelangen 307 Tonnen Milch an die Verbraucher. In dieser Menge ist auch der Eigenverbrauch der Milchmeier enthalten. Durch diese nichtpasteurisierte Milch, die in Wien erzeugt wird - anderswo produzierte Milch kommt nur über die Molkereien an den Konsumenten - ist keine gesundheitliche Gefährdung gegeben. Die Wiener Kühe werden nämlich nur mit Hochquellwasser getränkt, in dem sich kein Uromelanin oder Urochrom befindet.

Abschließend spricht Stadtrat Dr. Frutscher die Hoffnung aus, auf alle Fragen eingegangen zu sein. Die Tatsache, daß im Rahmen seiner Verwaltungsgruppe sehr viel gesagt wurde, was über diese Gruppe hinausgeht, nimmt er als Zustimmung dafür, daß man mit allen anderen Dingen einverstanden ist. Er dankt nochmals den Mitgliedern seiner Verwaltungsgruppe, insbesondere den Damen und Herren des Ausschusses und den Debatterednern für ihre interessanten Ausführungen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, den 21. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltung, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Rudolf Signund (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

Arbeitsunfall bei den Verkehrsbetrieben
=====

20. Dezember (RK) Heute früh ereignete sich bei Rodaun ein Arbeitsunfall, bei dem vier Arbeiter der Wiener Verkehrsbetriebe verletzt wurden. Auf einer Brücke über den Liesingbach im Zuge der Linie 60 bei Rodaun sind gegenwärtig die Arbeiten für die Hauptuntersuchung in Gange. Im Auftrag der Verkehrsbetriebe hat eine Firma für diese Untersuchungen ein Gerüst aufgestellt. Als heute früh die vier Arbeiter Josef Jerabek, Rudolf Pfifferling, Franz Safrata und Anton Scheidl die Baustelle betraten, brach das Gerüst ein. Die Verunglückten wurden an das Meidlinger Unfallkrankenhaus gebracht. Die Unfallursache ist derzeit noch ungeklärt.

- - -

Für Straßenbahnfahrer, die Weihnachtsurlaub machen
 =====

besteht schon ab Freitag, dem 23. Dezember, eine günstige Gelegenheit, "sich einzudecken". An diesem Tag werden bereits etwa 1100 Wiener Trafiken mit dem Verkauf von Vorverkaufsfahrscheinen für Erwachsene und Kinder, Kurzstreckensammelkarten, Wochenstrecken-karten und den dazugehörigen 5- bzw. 6-Tage-Wertmarken beginnen.

Die Trafiken nehmen den Wiener Verkehrsbetrieben damit zwar "das Geschäft" vorweg, das diese vom 27. Dezember an machen können, die Tramway ist aber deswegen nicht böse, weil sie allen ihren Kunden, die wie gesagt über die Feiertage verreisen wollen, diesen kleinen Kundendienst gerne gönnen.

Ab Freitag früh wird auch der neue Tarif in den Wagen der Straßenbahn, Stadtbahn, Schnellbahn und in den Autobussen der Verkehrsbetriebe ersichtlich sein, und zwar in einer Bekannt-machung an den Scheiben etwa in der Wagenmitte.

Und das ist die gesamte Liste der neuen Fahrkarten:

	Schaffner-	Vorverkaufs-
	fahrscheine	fahrscheine
Kinderfahrschein	S 1,--	S -,80
Sonn- und Feiertags-Zweifahrten- fahrschein für Kinder	S 1,--	
Kurzstreckensammelkarte für 6 Fahrten	S 10,--	S 8,--
Tagesfahrschein	S 5,--	S 4,--
Wochenstreckenkarte, (Tarif- gebiet I oder II, 6 Tage)		S 30,--
Wochenstreckenkarte, (Tarif- gebiet I und II, 6 Tage)		S 40,--
Lehrlingswochenstreckenkarte, (Tarifgebiet I oder II, 6 Tage)		S 18,--
Lehrlingswochenstreckenkarte, (Tarifgebiet I und II, 6 Tage)		S 24,--
Wochenstreckenkarte, (Tarifgebiet I oder II, 5 Tage)		S 25,--
Wochenstreckenkarte, (Tarifgebiet I und II, 5 Tage)		S 33,--

Monatsstreckenkarte, (Tarifgebiet I oder II, an allen Tagen)	S	130,--
Lehrlingsmonatsstreckenkarte, (Tarifgebiet I oder II, an allen Tagen)	S	78,--
Halbjahresnetzkarte	S	2.500,--
Monatsnetzkarte	S	500,--
Monatsnetzkarte für Invalide	S	75,--
Monatsnetzkarte für Hochschüler	S	170,--
Streckenkarte für Berufsschüler	S	12,--
Streckenkarte für Pflichtschüler	S	35,--
Streckenkarte für Hochschüler	S	70,--

<u>Teilstreckentarif im Tarifgebiet II</u>	Schaffner	Vorverkauf
1 Teilstrecke an Werktagen	S 3,--	
2 Teilstrecken an Werktagen (Tagesfahrtschein)	S 5,--	S 4,--
an Sonn- und Feiertagen einheitlich (Tagesfahrtschein)	S 5,--	S 4,--

Geehrte Redaktion!

Im Interesse einer wirklich aufklärenden Information Ihrer Leser, die ja zum größten Teil Benützer öffentlicher Verkehrsmittel sind, bitten wir um möglichst ungekürzte Wiedergabe der übrigen Fahrkarten-Gesamtliste.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

20. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 4 S, Karotten 3 bis 4 S, Kohl 4 bis 5 S
je Kilogramm.

Obst: Äpfel 5 bis 8 S, Bananen 5 bis 8 S, Orangen 4,50 bis
6 S je Kilogramm.

- - -

Bautenminister besichtigte Karlsplatz-Ausstellung im Rathaus
=====

20. Dezember (RK) Der Bundesminister für Bauten und Technik, Dr. Vinzenz Kotzina, besuchte heute nachmittag die Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses, in der die 44 Entwürfe zu sehen sind, die im Rahmen des vom Wiener Stadtbauamt ausgeschriebenen Ideenwettbewerbes "Umgebung Karlskirche" eingereicht wurden. Baustadtrat Kurt Heller und die Jurymitglieder Obersenatsrat Dr. Seda und Architekt Heiss führten den Minister durch die Exposition und erläuterten die einzelnen Projekte. Dr. Kotzina interessierte sich auch für die historische Entwicklung der Karlsplatz-Bebauung, die in der Ausstellung anhand von alten Plänen und Fotografien ausführlich dargestellt ist.

Bei dem Ideenwettbewerb für die Gestaltung der Umgebung der Karlskirche ging es darum, städtebaulich brauchbare Projekte für die Bebauung der sogenannten Fruhwirthgründe zu erhalten. Für dieses Grundstück, das sich größtenteils in der Hand privater Besitzer befindet, haben sich auch Bundesbehörden schon interessiert. Vor geraumer Zeit sprach man bereits davon, auf diesem Platz ein Gebäude zu errichten, das zur Linderung der Raumnot der Musikakademie oder auch der Technischen Hochschule herangezogen werden könnte. Alle diese Pläne scheiterten bisher an den Grundpreisen, die von den Eigentümern gefordert werden.

Schweinehauptmarkt vom 20. Dezember

=====

20. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren: Inland 3.256, Polen 1.725, Jugoslawien 753, Bulgarien 1.842, Rumänien 749, Ungarn 3.610, DDR 1.605, Summe 13.540, verkauft wurde alles.

Preise: extrem 18.20 bis 18.50 S (19 S), 1. Qualität 17.50 bis 18 S, 2. Qualität 17 bis 17.50 S, 3. Qualität (15 S) 16 bis 17 S, Zuchten extrem 15 bis 15.50 S, Zuchten 13 bis 14.80 S, Altschneider 12 S, ausländische Schweine, Polen: 15 bis 16.50 S, Jugoslawien 14.70 bis 16.50 S, Bulgarien 14.50 bis 16.50 S, Rumänien 14.80 bis 16.50 S, Ungarn 15 bis 16.50 S, DDR 14.50 bis 16.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 3 Groschen je Kilogramm und beträgt 17.07 S, für ausländische Schweine ermäßigte er sich um 42 Groschen und beträgt 15.77 S. Für bulgarische Schweine ermäßigte er sich um 65 Groschen auf 15.14 S, für DDR Schweine ermäßigte er sich um 19 Groschen auf 15.92 S, für jugoslawische Schweine ermäßigte er sich um 49 Groschen auf 15.54 S, für polnische Schweine ermäßigte er sich um 17 Groschen auf 16 S, für rumänische Schweine ermäßigte er sich um 60 Groschen auf 15.54 S, für ungarische Schweine ermäßigte er sich um 45 Groschen auf 16 S.

- - -

Pferdchauptmarkt vom 20. Dezember

=====

20. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 50 Stück, hievon zwei Fohlen. Als Schlachttiere wurden 47 Stück verkauft, als Nutztiere zwei, unverkauft blieb ein Stück.

Herkunft der Tiere: Burgenland 8, Tirol 1, Niederösterreich 28, Steiermark 11, Oberösterreich 1, Kärnten 1.

Preise: Schlachttiere Fohlen 16 S, extrem 10.30 bis 11 S, Pferde 1. Qualität 9.20 bis 10 S, 2. Qualität 8 bis 8.80 S, 3. Qualität 7 bis 7.50 S. Nutztiere Pferde 7 bis 8.50 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei inländischen Schlachtpferden um 36 Groschen je Kilogramm, bei inländischen Schlachtfohlen um 112 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis beträgt bei Schlachtpferden 9.10 S, Schlachtfohlen 16 S, Schlacht- und Nutzpferden 9.04 S, Pferde und Fohlen 9.39 S.

- - -